Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.
—
Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf., für ganz Preußen 1 Rthlr. 17 sgr.
—
Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 226. Freitag den 27. September 1850.

Inhalt.

Deutschland. Berlin (Loyalitätsbeweise d. kleinen Städte in d. Mark und Lausitz; Feier in Oranienburg; Unruhen in Dessau besorgt; Oesterr. Wirken für Hassenpflug; d. Darmstädt. Verhältnisse; Schwurgerichtsverhandl.; Einnahme d. Rachel); Potsdam (Verbesserung des Feuerlöschwesens); Greifswald (Hassenpflug freigesprochen); Königsberg (Sieg d. Conservat. bei den Gemeinderaths-Wahlen; d. freievang Gemeinde); Trier (Adv. Schily zum Tode verurtheilt); Hamburg (Elihu Buritt aus Kopenh. zurückgekehrt); Schleswig-Holstein (d. Kanalfahrt); Kiel (Berath. d. Landesversamml.; Eckernförde nicht geräumt); Oldenburg (Conferenz d. Großherz. mit d. Erbgroßherz. und Prinz Peter; Note weg. d. Dän. Successionsfrage; die Minister-Crisis beendet); Frankfurt (die Kurheff. Steuerverweig. v. Bundestag für bundeswidrig erklärt); Dresden (Todes-Urtheile); Kassel (Erklär. d landständ. Ausschusses; Anklagen geg. Gen. Schirmer und Ob.-Bürgerm. Mackenrodt); München (Geschenk d. Bierbrauer an d. Schlesw. Holsteiner; d. Observations-Corps); Stuttgart (demokr. Kammer-Wahlen); Karlsruhe (Vermittel. d. Union in Kurhessen beantragt).

Oesterreich. Wien (d. Kurheff. Frage; d. angebl. Fürst Altieri); Pesth (Wölse; Görgey; d. Emigration).

Schweiz (d. Deutschen Flüchtlinge fortgeschafft).

Frankreich. Paris (Rundschreiben Barthelemy's üb. d. legitim. Politik; Erklärung Larochejaquelin's; volksthümliche Gesetzentwürfe L. Napoleon's; Appell an d. Volk verkündigt).

England. London (Expedition in China; neue Ober-Befehlshaber d. Indischen Armee; d. Ungar. General Guyon; zur Haynau-Affaire).

Rußland u. Polen. Aus Rußland (Marinebassin zu Sebastopol).

Belgien. Brüssel (Jahresfeier d Unabhängigkeit Belgiens).

Türkei. Constantinopel (d. Angeleg. d. Ungar. Flüchtlinge; Forderung Kossuth's.)

Locales. Posen; Kurnik.

Musterung poln. Zeitungen.

Anzeigen.

Potsdam, den 24. September. Seine Majestät der König sind nach Treuenbrietzen gereist, um den Manövern der 6. Division beizuwohnen.

Berlin, den 26. September. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kaiserl. russischen General-Lieutenant u. General-Adjutanten Sr. Majestät des Kaisers, von Plaoutine, den Rothen Adler-Orden erster Klasse; dem Seconde-Lieutenant Willerding vom 3. Artillerie-Regiment und dem Premier-Lieutenant Francke von der 3. Pionier-Abtheilung den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Feuerwerker zweiter Klasse, Altmann, von dem Feuerwerks-Personal des 3. Artillerie-Regiments, dem Sergeanten Herting und Unteroffizier Lange von der 1. Compagnie der 3ten Pionier-Abtheilung das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Obergerichts-Assessor Pinder zu Naumburg zum Rath bei dem Appellationsgerichte daselbst; und den Physikus des Kreises Bonn und Privat-Docenten an der dortigen Universität, Dr. Eulenberg, zum Medizinal-Rath und Mitgliede des Medizinal-Kollegiums in Koblenz zu ernennen.

Se. Königl. Hoheit der Prinz Albrecht ist nach Treuenbrietzen abgereist.

Se. Durchlaucht der Prinz Waldemar von Lippe-Detmold, ist von Detmold und Se. Durchlaucht der Fürst Georg zu Sain-Wittgenstein-Berleburg, ist von St. Petersburg hier angekommen.

Der Vice-Ober-Jägermeister Graf von der Asseburg-Falkenstein, ist nach Falkenstein, Se. Excellenz der General-Lieutenant, General-Inspecteur der Festungen und Chef der Ingenieure und Pioniere, Brese, nach Erfurt und der Königlich spanische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen Hofe, de Armero y Millares, nach Dresden abgereist.

Die Ziehung der 3ten Klasse 102ter Königl. Klassen-Lotterie wird den 1. Oktober d. J. Morgens 8. Uhr im Ziehungssaal des Lotteriehauses ihren Anfang nehmen.

Berlin, den 24. September 1850.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Deutschland.

ρ Berlin, den 25. Sept. Die wegen des Herbstmanoeuvres unternommene Reise Sr. Majestät durch die Mark und Lausitz ist von zauberhafter Wirkung gewesen und die Zeitungen wissen nicht genug von den Loyalitätsbeweisen gegen die Allerhöchste Person zu erzählen. Selbst in den als ganz demokratisch bekannten Gegenden hat der König Alles hingerissen. Als ein Beleg dazu mag es dienen, daß die bisher als durchaus demokratisch betrachtete Einwohnerschaft des kleinen Ortes Buckow jetzt sogar bei Sr. Majestät um die Erlaubniß bitten will: die Straße, auf welcher der Monarch den Ort durchzogen und die so lange den Namen „Frankfurter Straße" geführt hat, nunmehr „Königsstraße" nennen zu dürfen. Ueberhaupt machen die kleinen Städte in dieser Zeit von sich reden. So haben durch die Zeitungen mehrere Bürger aus dem vier Meilen von hier gelegenen Oranienburg zu einem zahlreichen Besuch ihrer Stadt auf den 27. d. M. eingeladen. An diesem Tage soll nämlich das zweihundertjährige Bestehen jenes Ortes als Stadt dort gefeiert werden. Es ist dies zugleich eine Verherrlichung des Angedenkens an den großen Churfürsten, dessen erste Gemahlin Louise von Oranien das ehemalige Dorf Bötzow durch Erweiterung desselben in den Rang der Städte erhob. Aus diesem Grunde haben die Oranienburger auch den König um seine Anwesenheit bei der Feier ersucht und Se. Majestät hat ihnen dieselbe sehr erfreut und gnädig zugesagt.

ꝫ Berlin, den 25. September. (B. N.) Wie wir hören, hätte Hr. v. Ploetz bei seiner letzten Anwesenheit Besorgnisse ausgesprochen, daß die Ruhe in Anhalt-Dessau gestört werden möchte. Die Besorgnisse sollen auch an anderer Stelle getheilt werden. Sollten sie sich erfüllen, so ist es nicht zweifelhaft, daß das unionsverbündete Land auf die Unterstützung Preußens rechnen kann. — In den Oesterreichischen Absichten liegt es, die Kurhessische Angelegenheit keinesfalls durch Begünstigung eines Rücktritts Hassenpflugs zu einer baldigen Lösung zu führen. Vielmehr soll durch fortgesetzte Einwirkung auf den Kurfürsten, zum Besten Hassenpflugs, die Haltung der Behörden und des Volkes ermüdet werden, damit in der entschiedensten Unterwerfung der Hessen unter das politische System der Coalition zugleich die Entscheidung des Sieges über die wichtigsten Interessen der Union herbeigeführt werde. Alsdann wird es nämlich möglich sein, Baden in die Gewalt der Coalition zu bringen und dasselbe entweder, wenn es sich gutwillig fügt, zum Denkmal der Unmacht der Union in der Coalition zu behalten, oder, wenn es sich nicht fügen will, als Preis der Würtembergischen und Bayrischen Freundschaft zu vertheilen. — Aus Darmstadt eingetroffene Mittheilungen versichern, daß in den Abtheilungen der zweiten Kammer die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit regelmäßiger Steuerbewilligung die Oberhand behalte, so wie die Anwendbarkeit eines Verfahrens anerkannt werde, das den Widerstand gegen die Deutsche Politik des Ministeriums bis zur Grenze des Nützlichen treibe, ohne diese zu überschreiten. Seinerseits ist Hr. v. Dalwigk nicht geneigt, den Fanatismus Hassenpflugs nachzuahmen, soll aber zuerst die Steuerbewilligung zu betreiben suchen, um nach derselben die Kammer dennoch aufzulösen. Die Stände wollen ihrerseits die Steuern zwar bewilligen, allein erst am Schlusse ihrer Thätigkeit. — Der am 23. d. M. in der Louisenstädtischen höheren Stadtschule stattgefundenen öffentlichen Prüfung wohnte auch der Cultusminister v. Ladenberg bei. — Uebereinstimmend lauten auch die Berichte und Nachrichten aus allen Provinzen dahin, daß es ein Hauptaugenmerk der Regierung sein müsse, das in allen Kreisen der Nation so tief erschütterte Vertrauen auf einer soliden und aufrichtigen Grundlage wieder herzustellen. Besonders hat man hierbei den Gang der Politik in den Deutschen Verhältnissen im Auge und wünscht, daß in keiner Weise auch nur der Schein gegeben würde, daß Preußen den alten Bundestagsgelüsten Oesterreichs nachgebe, welche ja nur auf eine Demüthigung Preußens abzielen, noch in Kurhessen der absolutistischen Reaktion die Hand reiche, sondern das verfassungsmäßige Recht schütze. — Nach neuesten Nachrichten wird der Herr Minister des Innern erst heute hier eintreffen. Se. Excellenz wollten gestern früh von Münster in Minden eintreffen und dort bis Nachmittag verweilen. Möglicher Weise könnte der Minister auch in Magdeburg aus Veranlassung des dort stattfindenden landwirthschaftlichen Congresses einen Aufenthalt machen, in welchem Falle dessen Rückkehr nach Berlin sich bis morgen verzögern dürfte. — Da vom 1. Januar an der Russische Zoll auf Zucker herabgesetzt wird, nämlich pro ein Polnisches Pfund von 12 auf 6 Kopeken, so fällt dadurch ein Hauptzweig des Schmuggelhandels Seitens Galiziens und Krakaus nach Polen weg. Der Schmugglerlohn wird so unbedeutend sein, daß es sich nicht mehr lohnt, Zucker auf diesem Wege in die Russischen Staaten einzuführen. Im Allgemeinen werden die Zollreformen Rußlands sehr ungünstig auf die Verhältnisse des Handelsstandes der angrenzenden Oesterreichischen Provinzen einwirken.

— (N. Pr. Z.) Schwurgericht vom 23. Septbr. Am 7. Aug. 1847, Abends nach 10 Uhr, kamen mehrere Personen an die bereits verschlossene Eingangsthür eines Schank-Lokals in der Brunnenstraße, Einlaß fordernd. Der Wirth gab ihnen zum Bescheid, daß das Lokal für diesen Abend an eine bestimmte Gesellschaft vermiethet sei und er deshalb Niemand weiter aufnehmen könne. Diese Gesellschaft bestand aus mehreren, der anständigeren Volksklasse angehörigen Personen, welche ein Pferdefleisch-Abendessen veranstaltet hatten. Halb mit Güte, halb mit Gewalt wurden die Einlaßfordernden zurückgedrängt, diese aber, indem sie sich fort begaben, Drohungen ausstoßend. Ungefähr eine Stunde darauf wurde plötzlich die Hausthür, die unmittelbar in die Schankstube führt, von Außen gewaltsam erbrochen, und einige 20 Menschen drangen, mit Knütteln und Zaunpfählen bewaffnet, unter dem Rufe ein: „jetzt kommen frische Truppen" und „schlagt die Aasfresser todt!" Wieder andere Personen hatten, mit Feld- und Mauersteinen ebenfalls von Außen eindringend, die Fenster zu der an die Schänke grenzenden Gaststube zertrümmert, wo sich die erwähnte Gesellschaft aufhielt, und waren in dieselbe eingedrungen. Stühle, Tische, Gläser rc. wurden nun in den beiden Zimmern zerschlagen. Außerdem aber schlugen die Eindringenden mit den aus dem Gartenzaun des Wirths gerissenen Pfählen auf die anwesenden Gäste mit solcher Gewalt los, daß mehrere von diesen lebensgefährlich beschädigt wurden, und Monate lang das Krankenbett hüten mußten. Ja, ein zweijähriges Kind des Wirths verfiel, durch den Lärm erschreckt, in Krämpfe, und verstarb einige Tage darauf in denselben. Da die Tumultuanten die Vorsicht gebraucht hatten, gleich nach ihrem Eindringen die brennenden Lampen zu zerschlagen und die Lichter auszulöschen, so ist es leider nicht gelungen, sie zu ermitteln. Nur einer, der 22jährige Arbeitsmann Liesberg, ein Mensch von nicht angenehmem Aeußern und beständig umherschweifendem Blick, der sich außer dieser Angelegenheit noch wegen Zerstörung des Königlichen Laboratoriums in den Märztagen 1848 in Untersuchung befindet, ist als einer der Theilnehmer an diesem Vergehen von 3 Personen erkannt worden.

Er, dessen Termin aus mehrfachen Ursachen bis heute hat aufgeschoben werden müssen, läugnet Alles und versucht, aber vergeblich, den Alibi-Beweis anzutreten. Wegen Eindringens in Gemeinschaft mit andern Personen in die Wohnung eines Fremden, wider dessen Willen und aus Bosheit und Rache in derselben Beschädigungen vorgenommen zu haben, wodurch ein erheblicher Schaden verursacht, bei welcher Gelegenheit auch mehreren Personen theils schwere, theils leichte Körperverletzungen zugefügt worden sind, sprechen die Geschwornen das Schuldig über Liesberg aus. Er wurde, mit Anrechnung 6monatlicher Untersuchungshaft, zu 2 Jahren Zuchthausstrafe verurtheilt.

Zwei Frauen stürzten, beim Antrag des Staats-Anwalts auf dieselbe Strafe, laut weinend von der Tribüne; die eine den Ruf ausstoßend: „verfluchte Gerichte!"

— (C. Z.) Mehrere angesehene Männer unserer Stadt sind zu einem eigenthümlichen, aber gewiß nicht unnützen Unternehmen zusammengetreten. Sie wollen nämlich eine Gesellschaft begründen, bei welcher Eltern oder Vormünder ihren Angehörigen, falls sie sich später dem Universitätsstudium widmen, durch geringe jährliche Beiträge ein Stipendium von einigen hundert Thalern versichern. Stirbt der Versicherte vorher, so wird das eingezahlte Geld zurückerstattet. Das Unternehmen stützt sich auf den Zinsertrag der im Kleinen eingezahlten Versicherungsbeiträge, welcher der Gesellschaft zufällt.

— (N. Pr. Z.) Man giebt die Einnahme der von Mlle. Rachel im August hier gegebenen 12 Vorstellungen auf beinahe 16,000 Thaler an! Das ist der Betrag der etatsmäßigen einmonatlichen Einnahme der k. Bühne, welche jedoch selbst im Winter nicht immer erreicht werden soll. Die reine Einnahme, welche die französische Künstlerin hier in Berlin bezogen, wird auf mehr denn 60,000 Fr. geschätzt, ein schöner Gewinn bei 12 Vorstellungen, neben denen sie noch weitere in andern Städten gab. Während Mlle. Rachel in Berlin die ganze Einnahme nach Abzug der nicht sehr bedeutenden Tageskosten bezog, mußte sie in Dresden z. B. 1000 Fr. für die Ueberlassung des Theaters an einem Abend zahlen. Möchten deutsche Künstler bei Gelegenheit eben so in Paris aufgenommen werden, wie es der französischen Tragödin in Berlin zu Theil wurde.

Bei den angegebenen großen Summen, welche die französischen Vorstellungen einbrachten, mußten die Einnahmen der deutschen Vorstellungen sehr leiden. Mit wenigen Ausnahmen sollen die Einnahmen der Schauspiel-Vorstellungen im August nicht die Summe von durchschnittlich 100 Thalern erreicht haben, ja manche derselben auf 18 Thaler herabgesunken sein, was bisher noch nie der Fall gewesen ist. Selbst beliebte Balletvorstellungen unter Mitwirkung des Fräuleins Marie Taglioni sollen, mit Ausnahme von „Thea", nicht die Tageskosten gedeckt haben, da Mlle. Rachel, als neue und glänzende Erscheinung, die Aufmerksamkeit des Publikums gänzlich in Anspruch nahm.

Potsdam, den 23. Sept. (Berl. N.) Unserem städtischen Feuerlöschwesen steht eine wichtige Verbesserung bevor. Die städtischen Behörden beabsichtigen, statt der bisherigen, öfter sehr ungenügenden Reihedienste der Bürger, eine „besoldete Feuerlösch-Compagnie" zu errichten, und ist der Baumeister und Schriftführer der Stadtverordneten-Versammlung, Herr Laucken, damit beschäftigt, im Auftrage der Behörden, den betreffenden Plan zu bearbeiten. Es waren deshalb mit den Gewerken Unterhandlungen über die Bedienung der Spritzen angeknüpft worden; da diese aber keinen günstigen Erfolg zu versprechen schienen, so ist eine freie Concurrenz für die Annahme des Sprizzendienstes eröffnet worden.

Greifswald, den 24. September. (Const. Ztg.) Verhandlung des Königlichen Appellations-Gerichts hierselbst in der Untersuchungssache wider den Ministerpräsidenten Hassenpflug. Um 11 Uhr werden die Verhandlungen eröffnet; den Vorsitz führt der Oberappellationsrath Dr. v. Mühlenfels; Beisitzer sind: die Oberappellationsräthe Sonnenschmidt, v. Zerbst, Dr. Planck und Assessor Consbruck. Das öffentliche Ministerium wird von dem Oberstaatsanwalt Dr. Friedberg vertreten. Die Zuhörerräume sind gedrängt voll, ohne daß jedoch die geringste Störung vorfiele.

Der Referent Dr. Planck verliest die Anklageakte, welche die Staatsanwaltschaft auf Befehl des Gerichts erster Instanz eingereicht hatte, da sie selbst keinen Grund zu einer peinlichen Anklage in der Voruntersuchung gefunden. Er giebt ferner eine Uebersicht des in erster Instanz vorgenommenen Zeugenverhörs, wodurch manche Thatsachen erst zur Sprache gebracht oder doch in ein neues Licht gesetzt worden sind; er verliest ferner das Urtheil erster Instanz, gegen welches die Appellation eingelegt worden, und hebt kurz hervor, welche Schritte bis jetzt von Seiten des Vertheidigers des Angeklagten geschehen.

Der Vertheidiger Dr. Anderssen trägt darauf an: den Angeklagten von dem ihm schuld gegebenen Verbrechen der Fälschung frei zu sprechen. Der Oberstaats-Anwalt schließt sich diesem Antrage an.

Das Gericht zog sich darauf zurück und nach einer fast zweistündigen Berathung eröffnete der Vorsitzende das Urtheil:
„daß das Erkenntniß des Königlichen Kreisgerichts hierselbst vom 19. Juni dahin abzuändern, daß der Appellant von der unterm 9. Februar d. J. erhobenen Anklage der Fälschung freizusprechen, und die Kosten des Verfahrens außer Ansatz zu lassen, die Akten jedoch zur weitern Erwägung, ob und gegen wen eine anderweitige Anklage zu erheben sei, der Staatsanwaltschaft vorzulegen."

⌗ Königsberg, den 23. Sept. In den meisten Städten unserer Provinz sind die Gemeinderaths-Wahlen bereits beendet und fast überall hat die konservative Partei hierbei den Sieg davon getragen, nur in Elbing haben auch diesmal die Demokraten ihre Herrschaft behauptet. In Danzig ist bei der Aufstellung der Kandidatenliste für die Gemeindewähler ein interessanter Rechtsfall zur Sprache gekommen, welcher durch das Gesetz gar nicht vorgesehen und dessen Entscheidung nicht ohne Schwierigkeiten ist. Es ist nämlich als einer der Kandidaten der dortige Rechts-Anwalt Besthom aufgestellt worden. Derselbe erfüllt alle Bedingungen, welche zum Gemeindewähler qualifiziren, ist jedoch in die Liste aus Versehen nicht aufgenommen und hat die rechtzeitige Reklamation unterlassen. Hierdurch hat er nach dem Gesetze allerdings sein aktives Wahlrecht aufgegeben, ob aber auch die Wählbarkeit dadurch verloren gehen kann, ist, da das Gesetz hierüber gar nichts sagt, sehr zweifelhaft. Der dortige Magistrat hat Herrn Besthom für nicht wählbar erklärt, die meisten Juristen sind jedoch anderer Ansicht. Da solche Fälle wohl noch häufig vorkommen werden und leicht zu unangenehmen Reibungen Anlaß geben können, so wäre es sehr wünschenswerth, wenn die Gesetzgebung bald diese Rechtsfrage durch eine strikte Entscheidung lösen möchte. — Unser jetziger Oberpräsident Herr Eichmann ist bereits in unserer Provinz angelangt, vorläufig hält er sich noch in Danzig auf und wohnt dort den Sitzungen der dortigen Regierung bei, doch wird er schon in den nächsten

Tagen zu uns herüber kommen und seinen Wohnsitz hier aufschlagen. — Die Vorsteher der hiesigen freievangelischen Gemeinde, die übrigens auch in unserer Provinz nur wenig Anhänger findet, sind vor wenigen Tagen durch ein Erkenntniß des hiesigen Appellations-Gerichts Jeder zu 5 Thlr. Strafe verurtheilt, weil sie der Polizei weder ihr Statut noch ihre Mitgliederliste trotz an sie ergangener Aufforderung eingehändigt haben. — Nachrichten von der Polnischen Grenze zufolge sollen die ganze Grenze entlang gegenwärtig Russische Truppen postirt sein, um den bei der bevorstehenden Recrutirung zu erwartenden Desertionen vorzubeugen.

Trier, den 20. September. (D. Ref.) Heute hat der hiesige Königl. Assisenhof den Advokaten Viktor Schily von hier des Komplotts zur Bewaffnung der Bürger gegen die Königliche Gewalt, der Anführung des Prümer Zeughaussturmes und des zu Bernkastel verübten Attentats des Hochverraths in contumaciam für schuldig erklärt und ihn, unter Aberkennung der Nationalkokarde, seines Amtes als Advokat entsetzt, zur Todesstrafe, zu einer Geldbuße von 100 Thlrn. und in die Kosten verurtheilt.

Hamburg, den 23. September. (B. H.) Gestern traf auf der Rückreise von Kopenhagen über Travemünde Herr Elihu Burrit, das bekannte Mitglied des Friedenskongresses, hier ein. Auf demselben Wege ist gestern auch der Gutsbesitzer Lorenzen von Wassersleben (im Herzogthum Schleswig) aus Kopenhagen hier angelangt, nachdem er dort mehrere Wochen lang (er war gleichzeitig mit dem Pastor Lorenzen von Adelbye und kurz nach dem Inspektor von Krogh aus Gravenstein weggeführt worden) eine strenge Haft und vielfache Insulten zu bestehen gehabt hatte. — Mit dem heutigen Vormittagszuge kam unter Anderen der Generalstabsarzt Professor Stromeyer in Altona an.

Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

Zwischen allem Kriegsgetümmel beginnt, schreibt die B. H., die Kanalfahrt sich zu heben. Diese war einige Zeit lang in Stockung gerathen, weil man es gefährlich hielt, Rendsburg zu passiren; jetzt sieht man ein, daß es mit der Belagerung nichts ist, und so sind hier denn bereits wieder Holländische, Oldenburgische und andere Schiffe durchgegangen, nur Schleswig-Holsteinische werden auf der Untereider nicht durchgelassen. — 132 Wagen mit verwundeten Dänen sind den 13. d. Mts. von Missunde in Flensburg angekommen. — Die auf Sylt gewesenen Dänen sind bis auf 50 nach Föhr gezogen. Auf Amrum sind keine. Zwei Seeleute von Amrum sind gezwungen worden, als Lootsen auf dem Dampfer „Geyser" und den Dänischen Kanonenböten zu dienen.

Aus Hadersleben verlautet, daß die dortige Gelehrtenschule von den Dänen niedergerissen wird.

Kiel, den 23. September. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde ein Gesetz-Entwurf vorgelegt in Betreff der Abkürzung des Verfahrens vor den höheren Kriegsgerichten, so lange die Armee im Felde steht. Darauf folgte Verlesung des Ausschußberichtes über die Außerkraftsetzung mehrerer-Artikel des Staatsgrundgesetzes. Dr. Lafaurie war gegen die Befugniß der Polizeigewalt, auf Verdacht hin Jemand länger in Haft zu halten, als nach dem Art. 16. des Staatsgrundgesetzes gestattet ist. Malmros für den Ausschußbericht, dagegen scheint ihm die Polizeigewalt zu beschränkt gegen Dänische Spione; er behält sich ein Amendement vor. Olshausen stellt einige Fragen und bedauert die Abwesenheit des Departementschefs des Innern und des Krieges. Die Debatte wird auf Olshausens Antrag bis zur Ankunft desselben ausgesetzt und nach einigen Zwischenakten ein Ausschuß für das Gesetz, betreffend das Verfahren bei den Kriegsgerichten, gewählt; die Wahl fällt auf Claussen, Dalitz, Malmros, Wiggers, Momsen.

Dr. Heiberg interpellirt den Departementschef der auswärtigen Angelegenheiten über die Zeitungsnachricht, daß der Herzog von Braunschweig in Folge Aufforderung der Statthalterschaft den Frieden mit Dänemark ratifizirt habe. Der Departementsrath erwiderte, daß der Regierung hiervon nichts bekannt sei. (Geheime Sitzung.)

— Das Gerücht, daß Eckernförde für neutral erklärt und von den Dänen geräumt sei, ist völlig unbegründet. Nur die Schanzen von Winderye sind von den Dänen demolirt und die Besatzung Eckernfördes vermindert.

Oldenburg, den 22. Septbr. (Wes. Ztg.) Der Großherzog ist vorgestern in aller Frühe von der Zusammenkunft mit dem Erbgroßherzog und dem Prinzen Peter in Rehme hierher zurückgekehrt. Der Prinz Peter von Oldenburg ist von Rehme weiter gereist, der noch auf einer Besuchsreise verweilende Erbgroßherzog wird in etwa 8 Tagen zurückerwartet. Die Zusammenkunft in Rehme giebt wegen ihrer Beziehung zu der dänischen Successionsfrage hier zu den verschiedensten Vermuthungen Veranlassung. Schwerlich wird indeß dort irgend ein bestimmter Entschluß zur Reife gebracht, vielmehr die Sache nur im Allgemeinen besprochen sein. Man behauptet hier sogar, es sei eine Note nach Petersburg gesandt, welcher zufolge der Erbgroßherzog bereit ist, den Thron Dänemarks zu besteigen, jedoch unter der Bedingung, daß Schleswig und Holstein zwei ungetrennte Herzogthümer des deutschen Reiches seien. Müßte nicht die Existenz der Note überhaupt bezweifelt werden, die Stellung der Bedingung macht den Inhalt nicht unglaubwürdig. Aus allem Vorgekommenen scheint sich das Nachfolgende als ein sicheres Resultat herauszustellen: Es handelt sich bei der Succession in das Königreich Dänemark und die Herzogthümer nach der Absicht der Großmächte allein um unseren Erbgroßherzog. Dieser ist, obwohl persönlich durchaus abgeneigt und tiefinnerlich widerstrebend, doch aus Pflichtgefühl im Interesse des Friedens im europäischen Norden bereit, die Krone als König-Herzog anzunehmen, wenn dies unter den vollständigsten Garantieen geschehen kann ohne Verletzung näherer Erbfolgerechte, ohne nachtheilige Rückwirkung auf das Großherzogthum Oldenburg und die dort zurückbleibende großherzogliche Familie und vor Allem ohne irgend welche Verletzung derjenigen mit dem eigenen dynastischen Interesse unseres Fürstenhauses verflochtenen Landesrechte, für welche die Herzogthümer eben jetzt im blutigen Kampfe stehen. Für die Festhaltung an diesen Bedingungen bürgt uns der hochherzige Sinn des Erbgroßherzogs.

Die „neuen Blätter" knüpfen an die glückliche Beendigung der langdauernden Ministerkrisis folgende Betrachtung: Das Ministerium bleibt. Schon diese Thatsache an und für sich ist erfreulich. Denn Jeder konnte sich sagen, was für ein Ministerium bei jetzigen Zeitläuften aller Wahrscheinlichkeit nach an die Stelle des gegenwärtigen getreten wäre. Von dem gegenwärtigen Ministerium ist aber ferner ohne allen Zweifel zu erwarten, daß es nicht im Amte geblieben wäre, wenn nicht die Anstöße, welche die lange dauernde Krisis herbeiführten, auf eine Weise beseitigt wären, daß das Ministerium die volle Verantwortlichkeit für seine Verwaltung getrost übernehmen darf. Wir haben demnach von der Abschlagszahlung — wie es heißt von 10,000 Rthlr. — auf die schleswig-holsteinsche Schuld berichten können, und dürfen einer Reducirung der 4 Reiterschwadronen auf 3 entgegensehen, so daß die Formation der Infanterie und der Kavallerie in größere Uebereinstimmung gebracht, und nicht nur dem Lande für die Folgezeit möglichste Erleichterung geschafft, sondern auch die Mißstimmung, welche durch die anscheinende Bevorzugung der Reiterei hervorgerufen ist, beseitigt wird.

Frankfurt a. M., den 23. September. (D. Ref.) In der Deutschen Zeitung lesen wir folgende Mittheilung, durch welche die bereits telegraphisch gemeldete Nachricht von dem Vorgehen des sogenannten Bundestages in den kurhessischen Wirren bestätigt wird: Die kurhessische Regierung hat sich bekanntlich an den Bundestag gewendet. Der Bundestag hat vorgestern den Beschluß gefaßt: daß die kurhessische Regierung die Steuern nach wie vor erheben und den Widerstand dagegen durch alle „verfassungsmäßigen" Mittel zu brechen suchen solle. Auf den Fall, daß sie hiermit nicht zu Stande kommt, ist den Regierungen von Hannover und Würtemberg, deren Gesandten den Auftrag mit Dank annehmen, aufgegeben worden, Truppen (10,000 Mann) bereit zu halten und beim ersten Wink zur kräftigen Handhabung des durch die Verordnung vom 7. September verkündigten Kriegszustandes in Kurhessen einrücken zu lassen. Man erfährt übrigens, daß alle Schritte, welche Herr Hassenpflug gethan, aus gemeinsamen Berathungen mit den übrigen Bundestagsgesandten hervorgegangen sind und daß er sogar so vorsichtig gewesen ist, die Verordnungen vom 4. und 7. September vor ihrer Bekanntmachung dem engeren Rathe zur Durchsicht und Approbation vorzulegen.

Frankfurt a. M., den 24. September. Der Bundestag erklärt die Kurhessische Steuerverweigerung bundeswidrig und fordert die Regierung zur Herstellung des gesetzlichen Zustandes durch geeignete Mittel auf, behält sich auch die geeigneten Maßregeln vor. (Tel. Corr.-B.)

Dresden, den 22. September. Dr. Theile aus Lungwitz und Oberlieutenant Heintze sind, wie man hört, auch in zweiter Instanz zum Tode verurtheilt. (Fr. S.-Z.)

Kassel, den 21. Sept. (N. H. Ztg.) Durch die von den Ministerial-Vorständen Hassenpflug, Haynau und Baumbach gegengezeichnete Verordnung vom 17. September d. J. wird die Verlegung des Sitzes der Regierung von Kassel nach Wilhelmsbad ausgesprochen. Zugleich werden zur Handhabung der Gesetze und insbesondere der Ordnung des Staatsdienstes erforderliche Maßregeln in Aussicht gestellt und die Behörden ernstlich an ihre Pflicht erinnert, den verfassungsmäßigen Anordnungen der Staatsregierung, als welche namentlich die Verordnungen vom 4. und 7. September bezeichnet werden, nicht längeren Widerstand entgegenzusetzen.

Abgesehen von der Frage über die Verlegung des Sitzes der Regierung und die dadurch verursachten Kosten, worüber der Ständeversammlung ihre verfassungsmäßige Entschließung vorbehalten bleibt, liegt jedenfalls dem bleibenden Ausschusse die Pflicht ob (§. 102 der Verfassungs-Urkunde), das landständische Interesse und damit auch seine eigenen Rechte wahrzunehmen und in der verfassungsmäßigen Weise gegen alles dasjenige vorzuschreiten, worin derselbe eine Verletzung der Verfassung und der Gesetze erkennt.

Zu jenen Rechten gehört nun insbesondere auch das Recht der Mitwirkung und Zustimmung zu allen nach §. 95 der Verfassungs-Urkunde zu ergreifenden provisorischen Maßregeln, ohne welche dieselben keine Gültigkeit haben.

Wir bringen deshalb den von uns eingelegten Widerspruch gegen jede Mitwirkung zu den Verordnungen vom 4. und 7. September d. J. hiermit ausdrücklich in Erinnerung und werden nöthigenfalls nach wie vor von den uns nach §. 61 der Verfassungs-Urkunde zustehenden Rechten Gebrauch machen. Inzwischen ist die Verfassungswidrigkeit dieser Verordnungen in formeller und materieller Richtung allgemein anerkannt worden. Insbesondere aber haben in vollem Einverständnisse mit der verfassungstreuen Gesinnung des Volks nicht nur die Verwaltungs- und Finanz-Behörden des Landes die Vollziehung jener Verordnungen auf den Grund ihres Verfassungs-Eides abgelehnt, sondern auch die höheren und höchsten Gerichte, so oft dieselben Gelegenheit hatten, sich auszusprechen, haben dieselben für unvollziehbar, weil verfassungswidrig, erklärt. Und dennoch will das Ministerium für diese verfassungswidrigen Verordnungen Gehorsam fordern und gegen die auf die Aufrechthaltung der Verfassung eidlich verpflichteten Staatsdiener Maßregeln ergreifen, ja die Welt glauben machen, als sei das Volk in dieser Frage nicht Eins mit den Behörden?! Wie tief aber auch das Ministerium das Land in Verwirrung stürzt, so darf doch Niemand daran zweifeln, daß die Sache des Rechts auch aus diesen Prüfungen siegreich hervorgehen wird, wenn nur Alle in ihrer Pflicht treu und redlich ausharren.

Kassel, den 20. September 1850.

Der bleibende landständische Ausschuß:
Schwarzenberg. Henkel. Bayrhoffer. Gräfe.
Kellner.

Kassel, den 23. September. Der Generalmajor Schirmer welcher von hier als Kommandant nach Fulda geschickt war, hat in gleicher Weise wie der Generallieutenant Bauer es hier gethan, die Druckerei des „Wacht auf" militairisch besetzen, die Pressen in Beschlag nehmen und die vorräthigen Nummern konfisziren lassen. Hierbei hat sich außerdem, sowie an der Publikation der den Kriegszustand verkündenden Proklamation der Oberbürgermeister von Fulda, Herr Mackenrodt, betheiligt. Der Stadtrath von Fulda hat in einem ausführlichen Schreiben an den bleibenden landständischen Ausschuß die Sachlage näher erörtert und an diesen die Bitte gerichtet: gegen beide auf Grund des §. 61. der Verfassungsurkunde die Anklage zu erheben.

Der bleibende landständische Ausschuß hat diesem Ersuchen deferirt, indem er gestern bei der Staatsprokuratur resp. beim Generalauditoriat die nöthigen Schritte eingeleitet hat. Weiter ist nichts von Bedeutung zu melden. Das Gerücht, nach welchem ein Gesetz, betreffend die Umbildung der Finanzbehörden, binnen Kurzem erscheinen würde, hat sich wohl wiederholt, aber nicht bestätigt. Dazu ist heute ein anderes aufgetaucht, wonach in einem Rundschreiben sämmtlichen Staatsdienern auf sehr kategorische Weise anbefohlen wird, sich bis zum 15ten nächsten Monats bestimmt darüber zu erklären, ob sie der Regierung Gehorsam leisten wollten oder nicht. Im entgegengesetzten Falle werde man zu den äußersten Gewaltmaßregeln greifen. — Endlich meldet ein Gerücht, daß jetzt auch das Jägerregiment nach Hanau Marschbefehl erhalten hätte. (D. R.)

München, den 15. September. Unsere Bierbrauer haben einen starken patriotischen Anlauf genommen; sie verschickten 100 Eimer Bier nach dem Kriegsschauplatze im Norden. Wenn man übrigens die Sache genauer kennt, so schwindet dieser Patriotismus gar sehr zusammen. Dieselben haben nämlich, zum Theil wegen der schlechten Sommerwitterung, noch einen sehr großen Vorrath von Sommerbier, den sie nicht anzubringen wissen; wenn sie es noch länger aufbewahren müssen, so droht dasselbe sauer zu werden. Dann ist im Allgemeinen das Bier hier dieses Jahr so schlecht, wie noch nie früher, so daß man überall auf den umliegenden Dörfern, welche ihren Bedarf aus Brauereien auf dem Lande beziehen, besseres Bier, als in der Stadt trinkt; auch dieses ist ein Grund, daß die Consumtion dieses Jahr viel geringer war Das Alles mochte zum Gedanken führen, die Gelegenheit zu benutzen, ganz wohlfeil in den feinsten Geruch des Patriotismus zu kommen. Dr Thiersch, der so gerne sich bemerkbar macht, hatte den guten Gedanken, zu dieser Bierlieferung aufzuforden und damit sich von den Münchener Bierbrauern einen Platz in der Ruhmeshalle zu sichern. (N. Pr. Z.)

München, den 21. September. Es ist nach der Allgemeinen Zeitung völlig ungegründet, daß in Aschaffenburg ein Truppenkorps von 12,000 Mann zusammengezogen werden soll. Dasselbe beträgt, einschließlich der aus Anspach erhaltenen Verstärkung, gegenwärtig kaum mehr als 3500 Mann, wie Unterrichtete versichern, und sei Vorsichts halber zur Observation an der kurhessisch-baierischen Gränze aufgestellt. Nach der N. Münchn. Ztg. wird am 1. Oktober eine Besprechung sämmtlicher Bischöfe und der beiden Erzbischöfe Baierns in Freysing stattfinden. (D. Ref.)

Stuttgart, den 23. September. Die Majorität der Wahlen für die Kammer ist in demokratischem Sinne ausgefallen. (Tel. Corr.-B.)

Karlsruhe, den 24. September. Die Volkskammer beantragt die Vermittelung der Union in Kurhessen und Verhinderung unionsfeindlichen Einschreitens. (Tel. Corr.-B.)

Oesterreich.

Wien, den 19. Sept. (Köln. Ztg.) Die kurhessische Frage beschäftigte auch gestern und heute wieder vorherrschend alle hiesigen Blätter. Selbst der „Oest. Corresp." wirft Hassenpflug, der vor wenigen Tagen ihm noch ein Schlangen zerreißender Herkules war, jetzt, nachdem er geflohen, ziemlich verächtlich bei Seite. Einmüthig aber ist die ganze ministerielle Presse darin, daß in Kurhessen „die Kraft und das Ansehen des monarchischen Prinzips schwer gefährdet sind, und, in so fern solches den Lebensnerv des deutschen Bundes bildet, die Rückwirkung auf alle Theile Deutschlands eben so eminent als gefahrvoll" sei. Der „Lloyd" meint: „In einem Staate von den Dimensionen Kurhessens ist eine Revolution weder statthaft noch möglich. Eine Auflehnung gegen die gesetzliche oder nur gegen die bestehende Gewalt wird stets eine Besetzung des Landes durch benachbarte Truppen zur Folge haben, und die Frage wird in einem solchen Falle nur diese sein, ob die Besatzung diesem oder jenem Staate angehören soll. Das Vorrecht, seine eigenen Angelegenheiten ganz allein zu entscheiden, kann nur großen Völkern angehören, welche die Macht haben, jede fremde Einmischung abzuweisen. Die kleineren Staaten haben nur ein Recht, zu verlangen, daß ein bestehendes Recht, eine bestimmte Behörde solche ihrer Streitfragen, wie jetzt die kurhessische ist, entscheide, und nicht der Zufall oder die Willkür der Mächtigen." Der „Oesterr. Corresp." meint ähnlich: „Man muß sich ungezwungen und rasch zu finden wissen, wenn es ein Aeußerstes gilt. Wenn der diesfälligen Aufforderung irgend eine Regierung Deutschlands nicht entspräche, so wäre es ein Zeichen, daß sie es selbst mit dem, was sie hochzuschätzen vorgiebt, nicht aufrichtig meint, mit der Idee und Substanz des Bundes. Der Gesichtspunkt, von welchem jede deutsche Regierung bei der praktischen Behandlung dieser Frage ausgehen sollte, wäre, die Momente der Angelegenheit scharf zu sondern, den brennenden Stachel der Demagogie aus der Wunde zu ziehen, die Gemüther der Guten und Wohlmeinenden im Lande zu versöhnen, das Ansehen der Ordnung und des Gesetzes aber wieder herzustellen. Im entscheidenden Falle müßte einem Beschlusse Kraft und Nachdruck gegeben werden, aber der Beschluß selbst müßte nach allen Seiten wohl abgewogen und im Interesse der Sicherheit Deutschlands gefaßt sein." Die ganz verwandten Ansichten der „Oesterr. Reichs-Zeitung" beweisen gleichfalls, daß man suchen wird, „sich rasch zu finden", daß man vor Allem mit Preußen sich arrangiren und vielleicht sogar Preußen die „Besetzung" Hessens zugestehen würde, sofern nur über den „Lebensnerv des deutschen Bundes", d. h. ohne Zweifel für die Beseitigung des vollen Steuerbewilligungs-Rechtes, welches mit Nothwendigkeit zum parlamentarischen Bundesstaate führen müßte, Preußens Zustimmung gewonnen werden könnte. Müssen unstreitig die Bundes-Leistungen unabhängig sein von den Landeskammern, und müssen eben so unstreitig alle Steuern und Ausgaben von repräsentativen Kammern bewilligt werden, so folgt allerdings von selbst, daß es — ein Bundes-Parlament geben muß, um die Bundes-Leistungen zu verwilligen, d. h., daß die politische Freiheit nur im Bundes-Staate, nicht aber im Staaten-Bunde sich mit einer genügend kräftigen Einheit verträgt. Die ganze Streitfrage zwischen Union und Bundestag hat hier in dem kurhessischen Verfassungs-Streite ihre bestimmteste, einfachste Zuspitzung erhalten; hier ist der eigentliche Punkt bezeichnet, für welchen es gar keine Vermittlung gibt, wo entweder Preußen Oesterreich oder Oesterreich Preußen einfach nachgeben muß. — Die heutige „Wiener Z." enthält Nachstehendes: Es macht gegenwärtig ein Individuum eine Rundreise durch Deutschland, welches sich den Namen Alexander Karl von den Fürsten Altieri beilegt und sich als Römischer Prälat und apostolischer Delegat qualifizirt. Dieses Individuum maßt sich an, ein Petschaft mit dem Wappen des heil. Vaters zu gebrauchen und selbst eine Urkunde mit der angeblichen Unterschrift Sr. Heiligkeit vorzuweisen. Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß dieses Individuum so wenig berechtigt ist, den angenommenen Familien-Namen und angemaßten Charakter zu führen, als das Siegel des heil. Vaters zu gebrauchen, wie auch die Unterschrift Sr. Heiligkeit selbst nothwendig unecht sein muß."

Pesth, den 20. September. (D. R.) Die Gegend von Nagybanya soll von Wölfen förmlich wimmeln; die armen Bewohner zittern Tag und Nacht für ihr Leben, und wünschen nichts sehnlicher, als die Erlaubniß zum Waffenbesitze zu erhalten, welche bisher noch immer so ungemein schwer zu erlangen ist.

Görgey soll sich in bedrängten Geldverhältnissen befinden. Dessenungeachtet haben Buchhändler und Redaktionen, worunter eine der bestzahlenden, vergeblich seine Feder erbeten.

Wie wir hören, haben bei 150 Ungarische Flüchtlinge in Konstantinopel Bewilligung erhalten, in die Heimat zurückzukehren. Die ganze Emigration soll sich übrigens in den elendesten Umständen befinden, und die Sehnsucht nach dem Heimatlande eine allgemeine geworden sein.

Schweiz.

Aus der Schweiz wird gemeldet, daß die Mehrzahl der deutschen Revolutionsflüchtlinge die Kantone bereits verlassen hätten. Namentlich hat man mit allen Mitteln und gutem Erfolge die

Beseitigung fast aller derjenigen bewirkt, von denen eine Beunruhigung der deutschen Staaten zu befürchten gewesen. Dieses Ziel ist mit aller Milde und Menschlichkeit erstrebt worden. Flüchtlinge selbst erkennen es an, daß die an der Entfernung ihrer Personen interessirten Regierungen sich bereitwillig gezeigt hätten, allerdings unter der unerläßlichen Garantie, daß der Hauptzweck nicht verfehlt werde, den willfährigeren Emigranten die Mittel zur Begründung einer Existenz in England oder Amerika auf ehrenvolle Weise darzubieten. Die in der Schweiz noch vorhandenen namhafteren Flüchtlinge haben sämmtlich Bürgschaft dafür gewährt, daß sie mit ihrer revolutionären Vergangenheit, ja mit der politischen Wirksamkeit überhaupt abgeschlossen haben. Den irgendwie bedeutenden Talenten unter ihnen hat sich auch ein entsprechender Wirkungskreis bereits eröffnet. (Schl. Z.)

Frankreich.

Paris, den 21. Septbr. Das Evènement veröffentlicht unter der Aufschrift: „Das legitimistische Ministerium" ein Rundschreiben des Herrn v. Barthélemy, Sekretair des bekannten legitimistischen Komités der Rue Monthabor, dessen Präsident Herr Berryer ist, an die Legitimisten in den Departements, das offenbar für ächt gehalten werden muß, da es bis jetzt noch keine Widerlegung erfahren hat. Dieses Rundschreiben muß als ein offizielles Manifest über die zu Wiesbaden beschlossene Politik der legitimistischen Partei betrachtet werden und verdient als solches alle Aufmerksamkeit. Die wesentlichen Punkte derselben sind folgende: Der Graf von Chambord hat erklärt, daß er sich die oberste Leitung der Politik vorbehalte, in der Voraussicht plötzlicher Ereignisse aber und zur Sicherung der vollständigen Einheit in den Ansichten und im Handeln, die allein die Stärke der legitimistischen Partei ausmachen könne, die Männer bezeichnet, denen er in Frankreich die Anwendung seiner Politik übertrage. Diese sind: der Herzog von Lévis, der General de Saint Priest, Repräsentant des Hérault-Departements, Berryer, Repräsentant der Rhonemündungen, der Marquis de Pastoret und der Herzog Des Cars, eine Art Quintumvirat also, das bestimmt scheint, in Abwesenheit des Grafen von Chambord die Exekutivgewalt bei unvorhergesehenen Ereignissen zu übernehmen, und das daher nicht ganz richtig vom Evènement ein Ministerium genannt wird. Das Rundschreiben bestätigt ferner die schon früher angekündigte unbedingte Verdammung der „Berufung an die Nation" durch den Grafen von Chambord „als die Negation des großen nationalen Prinzips der monarchischen Erblichkeit in sich schließend." Das Evènement fragt, was Herr v. Larochejaquelin hierauf antworten werde, gegen den diese Verdammung seiner Lieblingsidee, so wie einige Ermahnungen zur Unterwerfung unter die Disziplin und Autorität ganz besonders gerichtet erscheinen. Die Antwort des Herrn Larochejaquelin wird uns soeben mitgetheilt. Derselbe erkennt darin dieses Manifest als offiziell an. Er spricht seine Ansicht dahin aus, daß weder in der Republik, noch unter der Monarchie die Repräsentanten des Volkes den Befehlen des Königs gehorchen dürften. Er verstehe nicht, daß man die Legitimität als ein Geheimniß darzustellen suche, welches zu diskutiren gefährlich sei. Als Privatmann hätte er schweigen können, aber als Politiker könne er unmöglich im Angesicht dieses nicht zu qualifizirenden Manifestes weder in Bezug auf sich, noch auf seine Freunde diese Demüthigung ertragen, da die in dem Manifest ausgedrückten Ansichten sowohl dem Prinzip der Freiheit, als dem der Autorität gefährlich seien. Seine Grundsätze seien denen, welchen er gehorchen solle, entgegen. Der Appell an die Nation sei kein revolutionairer Akt, es endige dies Volk in seiner Souverainetät die Zeit der Revolutionen. Durch den Appell an das Volk hätten die Legitimisten alle Schranken fallen lassen, die sich stärker, denn je wiedererhoben hätten. Das Volk hätte durch seinen Willen die seit Jahrhunderten bestehende Monarchie zurückgerufen. Man hätte deshalb nur nöthig gehabt, demselben zu beweisen, daß es die beste Regierungsform gewesen sei. Schließlich sagt Larochejaquelin: „Ich überlasse andern die Sorge, in Zukunft die Doktrinen zu vertheidigen, welche ich in meinem Irrthum unterstützen zu können glaubte, ohne dem Bann der öffentlichen Meinung preisgegeben zu werden, ich werde immer den Interessen meines Landes getreu bleiben, indem ich die Gesetze befolge, durch welche es regiert wird, ohne mich um die Zukunft zu bekümmern. Es wird mir erlaubt sein, zur Befriedigung meines Gewissens das politische Symbol, welches bis jetzt den Glauben meines ganzen Lebens hatte, zu behalten; aber es wird niemals Anwendung finden, wenn das von Ihnen veröffentlichte Manifest in Ausführung gebracht wird."

Die stolze Sprache der Times, womit dieses Blatt jeden Gedanken an besondere Maßnahmen der englischen Regierung gegen die politischen Flüchtlinge zu London abweist, erregt hier nicht geringes Aufsehen, zumal es gewiß ist, daß von mehreren Seiten her in Lord Palmerston gedrungen worden ist, zu Kollektivschritten der europäischen Mächte gegen die revolutionaire Propaganda die Hand zu bieten. (D. Ref.)

— Es heißt wieder, daß L. Napoleon entschlossen sei, gleich bei Wiedereröffnung der National-Versammlung derselben eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe über volksthümliche Einrichtungen vorlegen zu lassen, mit dem Bemerken jedoch, daß die Regierung sich zu keinerlei wesentlichen Abänderungen derselben verstehen und im Falle der Annahme solcher Abänderungen lieber die Gesetzentwürfe ganz zurücknehmen werde. Auf diese Weise würde der Präsident der Republik alle Verantwortung für das nicht Geschehene vor dem Lande von sich ab-, und auf die National-Versammlung wälzen. — Das „Univers" erklärt das (gestern nach einem genuesischen Blatte mitgetheilte) angebliche Breve des Pabstes in Bezug auf die Streitigkeiten des hiesigen Erzbischofs mit den Redakteuren des „Univers" für falsch, und zwar für eine ziemlich ungeschickte Fälschung, indem dasselbe das Datum des 9. September trage, während doch der betreffende Erlaß des Erzbischofs erst an diesem Tage habe nach Rom gelangen können.

— (D. R.) Die Akademie der Wissenschaften hat die Versuche mit dem neu gefundenen Samen der Cedrone gegen den Biß giftiger Schlangen und die Wasserscheu auf den Monat Oktober verschoben, damit an den interessanten Experimenten mehrere europäische Celebritäten der Medizin theilnehmen können. Man versichert, daß bei diesem wissenschaftlichen Kongresse alle Länder vertreten sein werden, um der Lösung eines der wichtigsten medizinischen Probleme beizuwohnen. Aus Rußland erwartet man einen Arzt des Kaisers; Deutschland wird durch 17 Doktoren repräsentirt sein, und selbst Schweden, Norwegen und Dänemark werden ihr wissenschaftliches Kontingent liefern, obgleich im hohen Norden keine giftigen Schlangen und nur seltene Fälle der Wasserscheu vorkommen. Hr. Hippolyt Fournier, Professor der Mathematik im Departement Aveyron hat sich zur Experimentirung der Heilung der Wasserscheu an seiner Person selbst erboten.

Paris, den 23. September. Louis Bonaparte verkündet in einem halboffiziellen Manifest einen Appell an das Volk, wenn die Legislative die Revision der Verfassung verweigern werde. Die legitimistischen Organe anerkennen das Manifest Barthelemy's und geben Larochejaquelin auf. (Tel. Corr.-B.)

Paris, den 23. September. (Tel. Dep. d. D. Ref.) Die „Gazette de France" tritt ebenfalls gegen das wiesbadner Manifest auf; ihr Hauptredakteur ist nach Frohsdorf abgereist, um Aufklärungen zu erlangen.

Großbritannien und Irland.

London, den 21. September. (St. Anz.) Aus China wird gemeldet: Der „Reynard", Kapitain Cracroft, suchte im vergangenen Juli den Pei-ho stromaufwärts zu schiffen. Gleich an der Mündung zeigte sich, daß der Strom selbst bei hohem Wasserstande für das Schiff zu seicht sei. Der „Reynard" legte sich daher vor Anker und wurde bald darauf von den Orts-Behörden und einigen höheren Staats-Beamten besucht. Da der Zweck der Expedition bereits früher dem Hofe von Peking mitgetheilt war, so zeigten die Chinesen weniger Argwohn, als sonst bei ähnlichen Gelegenheiten. Zum Empfang des Briefes der Königin, welchen der „Reynard" überbringen sollte, wurde am Ufer ein schönes Zelt aufgeschlagen. Die Mandarinen benahmen sich bei dieser Feierlichkeit ungemein artig, gaben jedoch zu verstehen, daß alle Unterhandlungen fernerhin mit dem Hofe durch den Kaiserlichen Kommissär in Canton gepflogen werden müßten, gerade so wie es China in seinem Verkehr mit Frankreich und den Vereinigten Staaten hält. Die Expedition hat demnach ihren eigentlichen Zweck verfehlt. Kapitän Cracroft segelte, nachdem er den Pei-ho verließ, den Golf von Leaou-tung bis zur großen chinesischen Mauer hinauf und hatte das Vergnügen, dieses Monument genau zu besichtigen, ja sogar auf der Mauer eine beträchtliche Strecke zurückzulegen. Ueber diesen Ausflug erwartet man in Kürze interessante Mittheilungen.

— Der vor Kurzem an Sir Ch. Napier's Stelle zum Ober-Befehlshaber der Ostindischen Armee ernannte General-Lieutenant Sir W. Gomm wird England im Laufe der nächsten Woche verlassen. Wer Befehlshaber der Armee von Bombay wird — zu diesem Posten war Sir W. Gomm bestimmt, ehe man wußte, daß Sir C. Napier seine Stelle niederlegen wolle, — ist noch unbekannt. — Sir R. Peel ist von Bern, wo ihn bisher Geschäfte festgehalten hatten, hier angekommen. Seine Stelle als erster Sekretär bei der Britischen Gesandtschaft in der Schweiz hat er aufgegeben. — Der Russische Gesandte, Baron Brunnow, ist nach London zurückgekehrt. — Lord John Russel ist am vorigen Mittwoch in Balmoral eingetroffen. — Ueber den bekannten Ungarischen General Guyon enthält der „Standard" Folgendes: „Wir werden um Berichtigung der irrigen Nachricht, welche vor einiger Zeit durch die Presse die Runde machte, gebeten, als habe der tapfere General Guyon seinen Glauben abgeschworen und sei ein Moslem geworden, um ein Paschalik zu gewinnen. Die Sache verhält sich nicht so. Der General wurde, als er in Damaskus eine Anstellung im Osmanischen Dienste annahm, nicht gezwungen, seinen Glauben zu wechseln, und er lebt in jener Stadt mit seiner Frau und seiner Familie nach Art eines Englischen Christen. Außerdem erwähnen wir beiläufig, daß er aus Bath gebürtig und nie in seinem Leben in Irland gewesen ist."

— Folgende Fakta über die Haynau-Affaire sind bisher unveröffentlicht geblieben und werden heute blos von der „Morning-Chronicle" mitgetheilt: Die Polizei, welche zum Schutze des Generals herbeigeeilt war, hatte selbst nicht mehr Gelegenheit, Zeuge einer persönlichen Gewaltthat zu sein, und ersuchte daher den General und seine Freunde, ein Individuum aus der Masse zu bezeichnen, von welchem sie beweisen könnten, daß dasselbe thätigen Antheil an der Friedensstörung genommen oder selbst sich eines Angriffs auf den General schuldig gemacht habe. Haynau weigerte sich entschieden, einen der Anwesenden anzugeben, irgend eine Klage zu erheben, und seine Freunde folgten in dieser Beziehung seinem Beispiel. Als der General an demselben Abend eine Unterredung mit dem Commissär hatte, verharrte er bei seiner Weigerung, drückte jedoch seine volle Zufriedenheit mit dem Benehmen der Polizei aus. (Schles. Ztg.)

Rußland und Polen.

Aus Rußland, den 14. September. (V. Z.) Vor Kurzem ist das große Marinebassin zu Sebastopol fertig geworden und die größten Schiffe der Russischen Marine können nun in jenem Hafen mit Leichtigkeit ins Dock gebracht werden. Rußland hat gegenwärtig 50 Kriegsschiffe in Sebastopol und die besten Maschinen zum Blockmachen und zu andern Zwecken befinden sich daselbst.

Belgien.

Brüssel, den 22. September. (Köln. Ztg.) Morgen beginnt die zwanzigste Jahresfeier der Unabhängigkeit Belgiens. Um 8 Uhr früh wird dieselbe durch eine Geschützsalve von 21 Schüssen angekündigt. Um 10 Uhr ist Seelenamt in St. Gudula, zum Andenken der Gefallenen, um Mittag öffentliche Sitzung der Akademie, und Abends großer miliärischer Zapfenstreich rings um den Park. Sämmtliche Museen, der botanische Garten ꝛc. werden morgen, so wie an den drei folgenden Tagen dem Publikum geöffnet und der festlich geschmückte Martyrerplatz jeden Abend glänzend beleuchtet sein.

Türkei.

Dem „Journal des Debats" wird aus Konstantinopel vom 5. Sept. geschrieben: Die Angelegenheit der ungarischen Flüchtlinge ist von Neuem zur Sprache gebracht worden und hat seit einiger Zeit Anlaß zu Verhandlungen zwischen der Pforte und den bedeutendsten der fremden Gesandtschaften gegeben. Kossuth hat an die Repräsentanten der fremden Mächte, so wie an mehrere Mitglieder des osmanischen Cabinets geschrieben und seine Freilassung verlangt. In diesen Briefen stellt er sich als Opfer seines Vertrauens und der Unredlichkeit der Türken dar, deren Gast er freiwillig geworden wäre auf das Versprechen hin, daß man ihn der Freiheit des Handelns nicht berauben werde. Außerdem droht er dem Divan, seine Beschwerden vor das Forum der öffentlichen Meinung bringen zu wollen. Die Repräsentanten Frankreichs und Englands haben in Beziehung auf diesen Gegenstand der Pforte Mittheilungen gemacht. Was der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Ali Pascha, geantwortet hat, wissen wir nicht; wenn man aber bedenkt, daß Oesterreich den Vorschlag des Divan, die Dauer der Internirung auf ein Jahr zu beschränken, zurückgewiesen hat, so wird die Internirung, so sehr man es auch wünschen mag, schwerlich vor Ablauf dieser Frist aufhören können. Auf der anderen Seite hat Kossuth an seine londoner Freunde geschrieben und ihnen seine Ankunft auf den Monat September angekündigt. Darauf hin hat Oesterreich, welches an ein Einverständniß mit der Pforte glaubte, oder sich wenigstens so stellte, drohende Depeschen nach Konstantinopel gesandt, welche übrigens, wenn wir gut unterrichtet sind, den Divan veranlaßt haben, sich auf seine Rechte zu berufen und zu erklären, daß er sich seiner Freiheit keineswegs entäußert habe. Er halte sich vielmehr für befugt, zu beurtheilen, wann der rechte Augenblick gekommen sei, wo er die Internirung ohne Gefahr für die Nachbarstaaten werde aufheben können, nachdem er vorher mit aller Achtung, welche sie verdienten, die Bemerkungen des österreichischen Hofes aufgenommen haben werde.

Locales ꝛc.

Posen, den 26. September. Der Vorstand des Handwerker-Vereins und die Altmeister der Handwerker-Innungen hierselbst haben unterm 21. d. M. ein Danksagungsschreiben an unsern Stadtverordneten-Vorsteher, Professor Müller, gerichtet, in Anerkennung des auf seinen überzeugend motivirten Antrag in der Stadtverordneten-Sitzung vom 18ten (vergl. Pos. Ztg. Nr. 221.) über die Reform der hiesigen Gewerbeschule von der Versammlung einstimmig gefaßten Beschlusses, schon mit dem 1. Oktober ein Institut ins Leben zu rufen, von dem, bei zweckmäßiger Einrichtung und tüchtiger Leitung, eine gediegene gewerbliche Bildung und die sowohl materielle, als auch moralische Hebung des Gewerbestandes nur allein mit Erfolg erwartet werden könne. Wenn in dem Schreiben ferner der Bereitwilligkeit des Magistrats und der Schuldeputation bei Befürwortung des Instituts Erwähnung geschieht, so können auch wir nicht unterlassen, unsere Genugthuung darüber auszusprechen, daß unsere Stadtbehörden in so erfreulichem Einverständniß zur Förderung des Gedeihens des Gewerbestandes, der Hauptstütze des städtischen Gemeinwesens, Hand in Hand gehen. Voraussichtlich wird auch die sehr gewünschte, schnelle Förderung dieser hochwichtigen Angelegenheit den Beifall der Königl. Regierung finden, und keinerlei Anstand oder Bedenken von dorther unterworfen werden. Es ist daher wohl auf die Eröffnung der reorganisirten Schule Anfangs Oktober mit Sicherheit zu rechnen.

μ Kurnik, den 23. September. Der heute hier abgehaltene Jahrmarkt glich mehr einem Wochen- als Jahrmarkte. Viele der von auswärts herbeigekommenen Händler und Handwerker werden kaum durch Verkauf ihrer Waare das verausgabte Fuhrlohn gedeckt haben. Der Grund war hauptsächlich darin zu suchen, daß in dem nahen Neustadt a. W. auch Jahrmarkt abgehalten wurde. Dieser Uebelstand sollte vor allen Dingen vermieden werden. Rindvieh stand viel zum Verkauf aus; es wurde jedoch nur zu mittelmäßigen Preisen wenig verkauft. So billig, wie das Volksgeschrei das Vieh, und namentlich die Schweine macht, ist weder dieses, noch sind es jene. Die Getreidepreise stehen jetzt fest und kaufen wir das Viertel Korn durchschnittlich mit 1 Rthlr. 15 Sgr., Kartoffeln werden mit 11 bis 13 Sgr. bezahlt. — Daß in Schrimm der Plan zur Errichtung einer Dampfmühle gescheitert ist, muß nur beklagt werden, denn jede momentane Windstille macht gleich die hiesige ganze Umgegend, in welcher es keine anderen, als Windmühlen giebt, brot- und mehllos. Ein Mehlhandlungshaus hierselbst müßte ein gutes Geschäft machen. Schließen wir von der Saatzeit auf die künftige Erndte, so verspricht diese einstens eine ausgezeichnete zu werden, da kaum eine günstigere Saatzeit denkbar ist, als wir in diesem Jahre haben.

Musterung polnischer Zeitungen.

Dem Goniec Polski entnehmen wir aus Nr. 72 Folgendes: Der in Thorn verhaftete Pseudo-Altieri soll ein Wilnaer Jude sein. Als er von Posen nach Trzemeszno reiste, stieg er unterwegs in Schwersenz ab, und trieb seine Frechheit sogar so weit, daß er in der dortigen Kirche eine Messe hielt. (Wir bemerken hiezu, daß bis jetzt über seine Verhaftung noch nichts fest steht.)

In einem Correspondenz-Artikel aus dem Culmer Lande wird an jene bekannten Excesse erinnert, welche ein Haufe polnischer Landleute vor Ostern d. J. auf dem Jahrmarkte in Culmsee verübte, indem er das Haus des Bürgermeisters stürmte, sämmtliche Möbel zertrümmerte, die Akten zerriß und auf die Straße warf und endlich die Marktbuden zu plündern anfing. Dabei wird bemerkt, daß die Folgen für die Ruhestörer außerordentlich traurig waren, indem sie jetzt noch im Gefängnisse seufzen und zwar in der Untersuchungshaft. „Unter welcher Verhöhnung, heißt es wörtlich, wurden die Gefesselten von einer zahlreichen Militair-Wache durch die Stadt geführt! Es hatte ganz den Anschein, als ob dies nicht sowohl aus Rücksicht auf das begangene Verbrechen geschah, sondern vielmehr, weil die Thäter Polen waren." Wahrlich, eine vortreffliche Logik! Als ob das begangene Verbrechen an sich nicht verabscheuungswürdig und strafbar genug war! Es ist sehr zu bedauern, daß die polnischen Blätter überall Nationalhaß wittern und Nationalhaß anzufachen bemüht sind. Dadurch wird die eiternde Wunde unseres socialen Lebens leider immer mehr aufgerissen und kann nimmer vernarben.

Dann wird aus Culmsee als deutsches Gegenstück zu jenen polnischen Excessen Folgendes erzählt:

Gestern kamen hier sechs Rekruten an. Es waren Leute von rein deutscher Abstammung aus der Gegend von Danzig. Sie erhalten in Culmsee Nachtquartiere und haben es deutlich bewiesen, daß sie denen in Nichts nachstanden, denen man zu seiner Zeit in öffentlichen Blättern vorwarf, daß sie im Großherzogthum gegen wehrlose Bewohner die größten Schändlichkeiten verübt hätten. Nach einigen Straßen-Attaquen drängte sich der Haufe in den jüdischen Tempel und setzte die zur Andacht versammelten Juden schon durch ihr bloßes Erscheinen in Schrecken. Und als sie anfingen, laut zu werden und weiter zu gehen, so mußte man denken, daß dies unmöglich Stammgenossen jener gebildeten und sich ihrer Civilisation rühmenden Deutschen, sondern vielmehr Banden irgend einer wilden Horde wären. Später sah man einen Haufen dieser Menschen auf dem Markte vor dem Eckhause stehen, wo sich die Druckerei des Herrn Preiß befindet und es schien anfangs, als ob sie böse Absichten gegen ihn selbst oder sein Eigenthum hätten. Denn sie schrieen sehr laut in dem gewöhnlichen deutschen Dorfdialekt, stürmten die Hausthür, bis sie aufsprang. Jetzt erst zeigte es sich, daß etwas andres sie leitete. In der obern Etage wohnte nämlich eine Wittwe mit zwei hübschen Töchtern. Auf diese hatten sie es abgesehen und stürmten nun haufenweise die Treppe hinauf bis zur Stubenthür. Da sie dieselbe aber geschlossen fanden und von Innen sie strafende, durch die Angst um so ausdrucksvollere Stimmen vernahmen, fingen sie an über Hals und Kopf hinunter zu laufen. Aus dem weitern Geschrei dieser künftigen Landesvertheidiger und Ordnungshalter ersah man leicht, daß thierische Begierden sie zu solchen Gewaltthaten veranlaßt hatten. Damit indeß ihr Ruhm nicht sobald aus dem Andenken der Culmseer Bürger schwinden möchte, zertrümmerten sie in der Schenkstube des Gastwirths Hinz einen sehr starken Tisch in die kleinsten Theile und meinten noch, er sei keine Paar Groschen werth. Wir fragen: sind diese deutsche Rekruten etwa auch Polen und durch die Liga oder polnische Schriften aufgehetzt und verdorben? Und wenn jener Jahrmarktsskandal ein Werk unserer Herren ist, haben sie denn auch etwa diese deutschen Engel durch Geld und Branntwein gegen Culmsee aufgehetzt?

Verantw. Redakteur: C. C. H. Violet.

Angekommene Fremde.

Vom 26. September.

Hôtel de Bavière: Probst Smitkowski a. Swierczyn; Kfm. Michelli a. Königsberg i./Pr.; die Gutsb. v. Taczanowski a. Kuczkowo, v. Kalkstein a. Stawiany, v. Goslinowski a. Kempa, v. Bieczynski a. Grąblewo, Fr. v. Bieczynska a. Turkowo, Fr. v. Tempelhoff aus Dombrowko, Fr. Pariser a. Berlin.

Hôtel de Dresde: Kaufm. Krüger a. Magdeburg; Oberamtm. Petzel aus Psarski.

Bazar: Die Gutsb. v. Mańkowski a. Zrenica, v. Kurczewski a. Wyzokowo, v. Twardowski a. Kempa.

Lauk's Hôtel de Rôme: Kaufm. Lewinsohn a. Nackel; Gutsb. Materne aus Chwalkowo.

Schwarzer Adler: Gutsb. Nicolai a. Gołęczewo; Gutsp. v. Bienkowski a. Skolniki; Kaufm. Mälzer a. Tomaszewo.

Hôtel de Berlin: Geistlicher Wolff a. Breslau; Dr. La Roche a. Brin

Hôtel à la ville de Rôme: Frau Rechts-Anwalt Mazurkiewicz und Vicar Badzinski a Schubin; Thierarzt Stanowski a. Schroda.

Goldne Gans: Probst Ullin a. Wieszczecin.

Hôtel de Vienne: Gutsb. v. Zaborowski a. Ilowiec.

Hôtel de Pologne: Bürgermeister Gaul und Brennerei-Verw. Milde a. Borek; Gutsb. Poluga a. Przylepki.

Weißen Adler: Wirthschafts-Verwalter Reusch aus Uszcz Neudorff.

Zur Krone: Kaufmann Salinger aus London.

Große Eiche: Die Gtsb. Biebiski a. Gorzian u. Lossow a. Starczanowo.

Zum Schwan: Die Kaufl. Munter a. Pinne u. Stranz a. Grätz.

Breslauer Gasthof: Musikus Weber aus Gerblingerode.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp in Posen.

Berliner Börse und Getreide-Markt vom 25. September 1850.

Wechsel-Course.

			Brief.	Geld.
Amsterdam	250 Fl.	Kurz	—	141
do.	250 Fl.	2 Mt.	140¾	140½
Hamburg	300 Mk.	Kurz	150⅜	—
do.	300 Mk.	2 Mt.	149⅝	149⅜
London	1 Lst.	3 Mt.	6 22⅛	—
Paris	300 Fr.	2 Mt.	80	79⅝
Wien in 20 Xr.	150 Fl.	2 Mt.	85⅞	85⅝
Augsburg	150 Fl.	2 Mt.	—	101⅜
Breslau	100 Thlr.	2 Mt.		99¼
Leipzig in Courant im 14 Thlr. Fuss	100 Thlr.	8 Tage	—	99⅔
		2 Mt.	94¼	—
Frankfurt a. M. südd. W.	100 Fl.	2 Mt.	—	56 14
Petersburg	100 SRbl.	3 Wochen	—	106¾

Inländische Fonds, Pfandbrief- und Geld-Course.

	Zf	Brief.	Geld.	Gem.		Zf	Brief.	Geld.	Gem
Preuss. Freiw. Anl.	5	106⅝	—		Ostpr. Pfandbr.	3½	—	—	
do Staatsanl. v. 1850	4½	100⅛	99⅝		Pomm. Pfandbr.	3½	95¼	94¾	
St. Schuld-Scheine	3½	86	85½		Kur- u. Nm. Pfdbr.	3½	95¼	49¾	
Seeh.-Präm.-Sch.	—	112¼	—		Schlesische do.	3½	—	—	
K. u. Nm. Schuldv.	3½	—	—		do. Lt. B. gar. do.	3½	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	—	103½		Pr. Bk.-Anth. Sch.	—	98½	97½	
do. do. do.	3½	84¼	—						
Westpr. Pfandbr.	3½	90½	90		Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$	
Grossh. Posen do.	4	101¼	—		And. Goldm. à 5 Th.	—	11¾	14¼	
do. do.	3½	—	90⅜		Disconto	—	—	—	

Ausländische Fonds.

	Zf	Brief.	Geld.	Gem.		Zf	Brief.	Geld.	Gem
Russ. Stiegl. 2.4.A.	4	93¼	—		Poln. Pfdbr. a. a. C.	4	96¼	—	
do. v. Rothsch. Lst.	5	110	109¼	109¾	do. neue Pfdbr.	4	96	—	
do. Engl. Anleihe	4½	97⅛	96⅛	96⅝	do. Part. 500 Fl.	4	—	—	
do. Poln. Schatz-O.	4	80	—	79½	do. do. 300 Fl.	—	137¼	—	137
do. do. Cert. L. A.	5	94¼	—						

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien. (Der Reinertrag wird nach erfolgter Bekanntmachung in der dazu bestimmten Rubrik ausgefüllt. Die mit 3½ pCt. bez. Actien sind vom Staat garantirt.)	Börsen-Zins-Rechn.	Rein-Ertrag 1849.	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A.B.	4	4	94½ à ⅞ bz.
do. Hamburg.	4	4½	91 B.
do. Stettin-Starg.	4	5⅕	105½ G.
do. Potsd.-Magd	4	1¾	64½ à 65 bz. u. B.
Magd.-Halberstadt	4	8	131½ B.
do. Leipziger.	4	12½	—
Halle-Thüringer	4	2	64 G.
Cöln-Minden	3½	—	97⅜ à ½ bz.
do. Aachen	4	1	45 à 4 bz.
Bonn-Cöln	5	—	—
Düsseld. Elberfeld	5	4½	90½ B.
Niederschl.-Märk.	3½	3½	82 B.
do. Zweigbahn	4	—	—
Oberschl. Lit. A.	3½	$5\frac{7}{12}$	107½ G.
do. Lit. B.	3½	$5\frac{7}{12}$	105 B.
Cosel-Oderberg	4	3½	85 B.
Breslau-Freiburg	4	—	—
Krakau-Oberschl.	4	5	70 B.
Berg-Märk.	4	—	38 B.
Stargard-Posen	3½	3½	81¼ G. ½ B.
Brieg-Neisse.	4	—	—
Magd.-Wittenb.	4	—	56 B.
Ausländische Actien.			
Friedr. Wilh. Nrdb.	4	—	38¼ à ⅛ bz.
do. do. Prior.	5	—	97½ B.

Prioritäts-Actien. (Sämmtliche Prioritäts-Actien werden durch jährliche Verloosung à 1 pro Cent amortisirt.)	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl. Anhalt	4	94¾ B.
do. Hamburg	4½	100¾ G.
do. II. Serie	4½	99 bz.
do. Potsd. Magd.	4	92½ B
do. do.	5	101¾ B.
do. do. Litt. D.	5	100¾ B.
do. Stettiner	5	104¼ G.
Magdeb.-Leipziger	4	—
Halle-Thüringer	4½	99 bz.
Cöln-Minden	4½	101⅛ B.
do. do.	5	103¼ B.
Rhein. v. Staat gar.	3½	—
do. 1. Priorität	4	89 G.
do. Stamm Prior.	4	—
Düsseld. Elberfeld	4	90¾ B.
Niederschl.-Märk.	4	94¼ B.
do. do.	5	103¼ bz.
do. III. Serie	5	102¾ bz.
do. Zweigbahn	4½	—
Magdeb.-Wittenb.	5	99 bz.
Oberschlesische	3½	—
Krakau-Oberschl.	4	85½ B.
Cosel-Oderberg	5	100¼ bz.
Breslau-Freiburg	4	—
Bergisch-Märk.	5	99½ bz. u. B.

Schluss-Course von Cöln-Minden 97½ G. Preuss. Bank-Anth. 98 bez.

BERLIN, 25. September.

Weizen nach Qualité 55 — 60 Rthlr.
Roggen loco 33½ — 35 Rthlr.
— p. Sept./Oktober 33 u. 32¾ Rthlr. verk., 33 Br., 33¾ G.
— p. Okt./Novbr. 33 Rthlr. Br., 32¾ G.
— p. Frühjahr 1851 37¾ u. ½ Rthlr. verk., 37¾ Br. 37¼ G.
Gerste, grosse, loco 28 — 29 Rthlr., kleine 23 — 25 Rthlr.
Hafer, loco nach Qualité, 18 — 19½ Rthlr.
— 50pfd. pr. Septbr./Oktbr. 18½ Rthlr. Br.
— 48pfd. pr. Frühjahr 19½ Rthlr. Br., 19 G.
— 50pfd. 20 Rthlr. bez.
Erbsen 40 — 48 Rthlr.
Rüböl loco 12⅔ Rthlr. bez. u. Br., $12\frac{7}{12}$ G.
— Septbr. $12\frac{1}{12}$ Rthlr. Br., 12½ G.
— Septbr./Oktbr. 12¼ à ⅓ Rthlr. bez., 12⅓ Br., 12¼ G.
— Oktober/Novbr. 12⅙ à ⅙ Rthlr. bez., 12⅙ Br., 12⅙ G.
— Novber./Dezemb. $12\frac{1}{12}$ u. 12⅛ Rthlr. bez u. G., 12⅙ Br.
— Dezb./Jan. 12⅙ Rthlr. Br., 12 G.
— Jan./Febr. do.
— Febr./März do
Spiritus loco ohne Fass 15⅓ Rthlr. bez.
— mit Fass p. Sept./Okt. 15⅙ u. ⅛ Rthlr. verk., 15⅙ Br., 15 G.
— Okt./Nov. 15⅙ Rthlr. Br., $15\frac{1}{12}$ G.
— Frühjahr 1851 17½ Rthlr. bez. u. Br., 16¾ G.

Posener Markt-Bericht vom 25. September.

Weizen, d. Schfl. z. 16 Mtz.,	1 Thl.	27 Sgr.	9 Pf.	bis	2 Thl.	4 Sgr.	5 Pf.
Roggen dito	1	6	8	bis	1	11	1
Gerste dito	1	1	1	bis	1	5	7
Hafer dito	—	18	11	bis	—	21	1
Buchweizen dito	1	1	1	bis	1	5	7
Erbsen dito	2	11	1	bis	2	11	1
Kartoffeln dito	—	12	—	bis	—	14	—
Heu, d. Ctr. z. 110 Pfd.,	—	20	—	bis	—	25	—
Stroh, d. Sch z 1200 Pfd.,	5	—	—	bis	6	—	—
Butter, ein Fass zu 8 Pfd.,	1	15	—	bis	1	20	—

Marktpreis für Spiritus vom 25. Septbr. (Nicht amtlich.) Pro Tonne von 120 Quart zu 80⅞ Tralles 13½ Rthlr.

Bei **J. J. Heine** in **Posen,** Markt 85., ist vorräthig:

Gubitz, Volks-Kalender für 1851. Mit 120 sauberen Holzschnitten. Preis 12½ Sgr.

Bekanntmachung.

Die Budenstellen auf dem Bürgersteige am Stadt-Lazareth sollen auf die Zeit vom 1. Januar 1851 bis dahin 1854, mithin auf 3 Jahre anderweit verpachtet werden.

Hierzu steht der Licitations-Termin auf den 3. Oktober cur. Vormittags 11 Uhr vor dem Herrn Stadt-Sekretair Zehe auf dem Rathhause an, zu welchem Pachtlustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Bedingungen in unserer Registratur einzusehen sind.

Posen, den 3. September 1850.

Der Magistrat.

Ediktal-Vorladung.

Ueber den Nachlaß des am 17. Februar 1849 hierselbst verstorbenen Land- und Stadtgerichts-Secretairs Felix Kulczynski ist der erbschaftliche Liquidations-Prozeß eröffnet.

Wir haben zur Anmeldung aller Ansprüche einen Termin auf

den 9. Januar 1851 Vormittags um 11 Uhr vor dem Herrn Assessor Welst in unserm Instruktions-Zimmer No. 13. anberaumt.

Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird aller seiner etwaigen Vorrechte verlustig erklärt und mit seinen Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben möchte, verwiesen werden.

Posen, den 18. Mai 1850.

Königl. Kreis-Gericht.
Erste Abtheilung, für Civil-Sachen.

Mittelst Verfügung der Königlichen Regierung zu Posen vom 14. August c. Nro. 17/1. Rubr. III. ist das unterzeichnete Amt beauftragt, die dem Domainen-Fiskus auf dem Ausfluß der Wartha, (Jeziorko genannt) bei Wodzisko, hiesigen Kreises, zustehende Fischerei von ungefähr 135 □Ruthen Flächeninhalt im Wege des öffentlichen Meistgebots, zum freien Eigenthum zu veräußern.

Hierzu steht ein Bietungs-Termin auf den 28. Oktober c. Vorm. 12 Uhr in dem Geschäftszimmer der Kreis-Kasse hierselbst an.

Die Kauf-Bedingungen werden auf Ansuchen in demselben Lokale während der Dienststunden zur Einsicht vorgelegt.

Wreschen, den 24. September 1850.

Königl. Domainen-Rent-Amt.

Auktion.

Montag den 30. September, Vormittags von 10 Uhr ab, sollen wegen Versetzung von hier Berlinerstraße No. 15 b. mehrere Möbel, bestehend in Sopha's, Spinden, einer Servante, Kommoden, Stühlen, 1 Schlaftisch, 1 Küchenspind, Bettstellen, einigen Schul- und anderen Büchern, so wie auch Geräthschaften, nebst verschiedenen anderen Gegenständen öffentlich gegen baare Zahlung versteigert werden.

Anschütz.

Die Cigarren-Auktion im Auktions-Lokal wird Freitag den 27. d. M. von 10 Uhr ab fortgesetzt.

Anschütz.

Der Gesangverein

beginnt seine Gesangübungen am Freitage den 27. c. von 6 bis 8 Uhr Abends in dem bisherigen Lokale der Königlichen Luisenschule. Neue Anmeldungen zur Aufnahme werden an die Direktion schriftlich erbeten.

Posen, den 26. September 1850.

Die Direction.
Berger. Klingohr. Wagner.

Ein tüchtiger geübter Steindrucker wird sofort verlangt. Näheres in der Expedition dies. Zeitg.

Auf den Hochfürstlich Hatzfeldtschen Gütern sind für Wirthschafts-Pensionaire einige sehr annehmbare Stellen baldigst zu besetzen. Auskunft hierüber ist sehr gern bereit zu ertheilen

der Kaufmann Fiedler in Posen.

Ich mache hiermit bekannt, daß ich in Mosciejewer Forst und Zirker Ablage verschiedene Brennhölzer, so wie Nutzhölzer zu verkaufen habe, und ersuche Kauflustige, sich gefälligst an mich wenden zu wollen.

Daleszynko bei Pinne, den 22. September 1850.

Louis Brühl,
Kaufmann aus Posen.

Dr. Borchardt's
aromatisch-medicinische
Kräuter-Seife,

approbirt von dem Hohen Königl. Preuß. Ministerium der Medizinal-Angelegenheiten, empfiehlt sich, gestützt auf ihre sowohl von vielen renommirten Aerzten und Chemikern, als wie auch von dem größeren Publikum anerkannte Vortrefflichkeit, für jede Haushaltung und Toilette als ein wirksames und geeignetes Mittel gegen die so lästigen Hautausschläge, Sommersprossen, Finnen, Hitzblattern, Flechten, so wie gegen spröde, trockene und gelbe Haut. Sie erweicht und reinigt die Haut, trägt zu ihrer Erfrischung und Stärkung wesentlich bei, verschönert und verbessert den Teint und erhält denselben bei fortgesetztem Gebrauch in lebensfrischem Ansehen. Diese aus den Kräutern vom Jahre 1850 erzeugte Kräuter-Seife eignet sich auch ganz vorzüglich für Bäder und wird zu diesem Zwecke mit dem besten Erfolge benutzt.

Dr. BORCHARDT'S AROM: MEDIC: KRÄUTER-SEIFE.

Dr. Borchardt's aromatisch-medizinische Kräuter-Seife wird in weißen, mit grüner Schrift bedruckten und an beiden Enden mit nebenstehendem Stempel versehenen Paketchen, à 6 Sgr., verkauft und ist in Posen nur allein ächt zu haben bei Herrn **Ludwig Joh. Meyer,** Neuestraße.

Eine noch brauchbare Wäsche-Rolle ist zu verkaufen, Wallstraße Nr. 4., zu erfragen 1 Treppe hoch.

Eine gebrauchte Post-Bei-Chaise zu 6 Personen mit Magazin ist billig zu verkaufen. Näheres darüber beim Kaufmann Carl Meyer, Sapiehaplatz Nr. 2.

Gr. Gerberstraße Nr. 49. eine Treppe hoch, rechts, sind sogleich einige Möbels aus freier Hand zu verkaufen.

Radojewoer Weintrauben, das Körbchen à 7½ Sgr., sind täglich frisch zu haben Magazin-Straße No. 1. im Wilkeschen Hause.

Grünberger Weintrauben

empfiehlt das richtige Pfund zu 2½ Sgr. gegen Franco-Bestellung in Fäßchen (welche gratis gebe) zu 12 bis 36 Pfund

J. G. Moschke in Grünberg in Schl

Durch Einkäufe von gutem Mastvieh bin ich in den Stand gesetzt, dem geehrten Publiko meinen Vorrath in gutem Rindfleisch zu billigen Preisen zu empfehlen. Am Freitag werde ich das Fleisch von dem großen fetten Mast-Ochsen, für den auf hiesiger Thierschau der Eigenthümer eine Prämie erhalten, zum Verkauf haben, und empfehle dasselbe mit 2½ Sgr. pro Pfd., von den bessern Theilen mit 3 Sgr. pro Pfd. Bei Abnahme von großen Quantitäten und zu Militair-Lieferungen offerire ich jeder Zeit das Pfd. Rindfleisch mit 2 Sgr. 4 Pf., ohne Steuer das Pfd. mit 1 Sgr. 10 Pf., an jede der hiesigen Militair-Verpflegungs-Anstalten zu liefern. Für gute Waare, so wie für pünktliche und reelle Bedienung werde ich stets Sorge tragen, und bürgt schon mein seit über 30 Jahre hier bestehendes Geschäft.

Samuel Weitz,
am Sapiehaplatz in der Malzmühle.

Aecht Baierische
Milly-Kerzen

offerirt billigst
Ludwig Johann Meyer,
Neue Straße neben der Griechischen Kirche.

Die so sehr beliebten **Hamburger Rionda-Cigarren** empfiehlt **billigst**

Julius Herrmann aus Hamburg,
Ecke der Ritter- und Berlinerstraße No. 11.
Posen, den 24. September 1850.

Frische **Pfundhefe** von vorzüglichster Triebkraft sind stets zu haben bei

Isidor Appel jun., Wasserstraße 26.

Frische Wurst und Schmorkohl
morgen Sonnabend den 28. d. M. bei

T. L. Krätschmann,
Hôtel de Vienne.

Im Eichwalde

Sonnabend den 28. d. Mts. von 3 Uhr Nachmittags ab frische Wurst und Sauerkohl nebst Tanz-Vergnügen.

P. Urban.



Die grosse Riesendame

und die große Sammlung lebender Schlangen sind nur noch bis zum Sonntag den 29. September in der dazu erbauten Bude auf dem Sapiehaplatze von früh 10 bis Abends 10 Uhr zu sehen.

Den Bewohnern Posens für den mir bisher zu Theil gewordenen gütigen Besuch ganz ergebenst dankend, verbinde ich zugleich die gehorsamste Bitte, mich während der noch kurzen Dauer meines hiesigen Aufenthalts mit recht zahlreichem Besuch zu beehren.

Elisa Schmidt.

Herabgesetzte Preise: Erster Platz 2½ Sgr., zweiter Platz 1 Sgr. 3 Pf. Militair und Kinder zahlen auf dem zweiten Platz die Hälfte.

Dem Herrn S. Kantorowicz auf seine gestrige Annonce zur Antwort: daß, nachdem seine vorbereitenden Anstalten bei den Ortsbehörden, mir ein Gewerbe zu verbieten, welches in seine Branche eingreift, mißlungen und gescheitert sind, ihm kein anderer Ausweg übrig blieb, als mit einer Annonce jener Art hervorzutreten.

Die nächste Verkaufs-Annonce, welche durch den noch nicht gänzlich erfolgten Eingang der Waaren noch einige Tage hingehalten wird, soll noch einmal der Wahrheit gemäß auf alles hindeuten, wie ich ermächtigt bin, Preise zu stellen, die Herr S. Kantorowicz zu gewähren nicht im Stande ist. Daß ich an diesen mein Commissions-Lager nicht verkaufen wollte, liegt einfach in meinem Interesse, weil ich durch diesen Verkauf mich beim Publikum, nicht aber beim Kaufmann empfehlen will. Uebrigens war ich auf eine Chicane dieser Art von einem jüdischen Konkurrenten vorbereitet, da lediglich Brodneid den Herrn S. K. zu diesem Schritte leitete. **Von einem Anerbieten von 8 Prozent ist mir nichts bewußt,** und was er damit meint, nach seiner schuldenfreien Behausung einzuliefern, enträthsele sich wer vermag. Diese seine Aeußerung giebt mir noch keine Garantie.

R. Czarnikow.

Dem Weisen aus dem Morgenlande schließlich zur Nachricht, daß auf Gaunerklugheit ein Anspruch nicht gemacht wird.

Der Verfasser der telegraphischen Depesche.

Die geehrten Zeitungslesenden, welche die Posener Zeitung des Abends vorher von mir ins Haus gebracht haben wollen, wollen die Güte haben, auf diese Zeitung bei mir zu abonniren. A. Heise, Friedrichsstr. 20.